

46. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.20

Um Beantwortung
wird gebeten:

Frage Nr.: 3009

Frau Stadträtin Weber

=====

Herr Stadtv. Kirchner - CDU -

Bestandsaufnahme an Schulen

Nach dem islamistisch motivierten Mord am französischen Lehrer Samuel Paty fordert der Deutsche Lehrerverband eine bundesweite Bestandsaufnahme zum Umgang mit islamistischen Tendenzen an Schulen. Laut dem Verbandsvorsitzenden handelt es sich dabei immer noch um ein Tabuthema, über das sich viele Lehrer nicht offen äußern. Als Lösung schlägt er nun die Durchführung anonymisierter Umfragen bei allen Lehrkräften vor.

Ich frage den Magistrat:

Angesichts der jüngsten Diskussion um religiöses Mobbing und die geringe Zahl gemeldeter Fälle frage ich den Magistrat:

Unterstützt dieser anonymisierte Umfragen zu diesem Thema etwa in Zusammenarbeit mit der Bildungsstätte Anne Frank -, um ein realistisches Bild vom Ausmaß solcher Tendenzen an Frankfurter Schulen zu erhalten?

Antwort:

In Frankfurt a.M. lebt eine im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Großstädten hohe Anzahl von Musliminnen und Muslimen. Sie sind selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft. Der Magistrat kennt den Unterschied zwischen der Religion Islam und islamistischen bzw. dschihadistischen Strömungen, die gegen die freiheitlich-rechtliche Grundordnung vorgehen. Er vorverurteilt nicht eine einzelne Religion.

Im pädagogischen Umgang in den Schulen ist eines wichtig: menschenverachtende Positionen müssen in der Schule gleich behandelt werden, unabhängig davon, ob es sich um Islamismus, Antisemitismus oder Rassismus handelt. Es besteht jedoch die Gefahr der sogenannten doppelten Standards, dass menschenverachtende Äußerungen von muslimischen Schülerinnen und Schülern als besonders bedrohlich empfunden werden. Es ist wichtig, die professionelle Verantwortung der Lehrkräfte in den Blick zu nehmen. Diese besteht vor allem darin, alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen wertzuschätzen und gleichzeitig demokratiefeindliche, rassistische und menschenverachtende Positionen abzulehnen. Vor dem Hintergrund des Masterplans gegen Rassismus und Rechtsextremismus sieht der Magistrat drei darüber hinaus reichende Punkte: Lehrkräfte sollen mit diesen Herausforderungen nicht allein gelassen werden. Es ist angebracht, dass der pädagogische Umgang mit Islamismus, Antisemitismus und Rassismus Teil der Lehrkräfteausbildung wird, ggf. auch durch verpflichtende Weiterbildungen. Zudem benötigen Lehrkräfte auch Hilfe von

Expertinnen und Experten vor Ort. Hier ist es z.B. wichtig, dass die Fortbildungsetats der Schulen aufgestockt werden und mit Partnerinnen und Partnern vor Ort – hier in Frankfurt z.B. mit der Bildungsstätte Anne Frank – zusammengearbeitet wird. Diese Bildungspartnerschaften von Schule und außerschulischen Bildungsträgern gilt es zu verstetigen, indem professionelle Teams an den Schulen gebildet werden. Der Magistrat kommt darüber hinaus zur Einschätzung, dass mehr wissenschaftliche Studien zur Frage benötigt werden, warum sich junge Menschen radikalieren. In diesem Zusammenhang begrüßt es der Magistrat, dass Befragungen durchgeführt werden, auch hier in Frankfurt, zusammen mit der Bildungsstätte und der Universität. Dabei sollte sich thematisch breit aufgestellt werden, indem zu Rassismus, Islamismus und Antisemitismus befragt wird.

Sylvia Weber
Stadträtin